

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Essen) (Ed.)

Research Report

Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes sowie Antrag der Fraktion der FDP

RWI Projektberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Essen) (Ed.) (2013) :
Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes sowie Antrag der Fraktion der FDP, RWI
Projektberichte, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/111430>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Projektbericht

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes sowie Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/3968

Drucksache 16/3964

Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für
Kommunalpolitik des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 15. Oktober 2013

Impressum

Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Manfred Breuer; Reinhold Schulte (stellv. Vorsitzende);

Dr. Hans Georg Fabritius; Prof. Dr. Justus Haucap; Hans Jürgen Kerkhoff;

Dr. Thomas Köster; Dr. Thomas A. Lange; Martin Lehmann-Stanislawski;

Hans Martz; Andreas Meyer-Lauber; Hermann Rappen; Reinhard Schulz;

Dr. Michael N. Wappelhorst

Forschungsbeirat

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. Dr. Lars P. Feld; Prof. Dr. Stefan Felder;

Prof. Nicola Fuchs-Schündeln, Ph.D.; Prof. Timo Goeschl, Ph.D.; Prof. Dr. Justus

Haucap; Prof. Dr. Kai Konrad; Prof. Dr. Wolfgang Leininger; Prof. Regina T.

Riphahn, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Prof. Dr. Paul Klemmer †; Dr. Dietmar Kuhn

RWI Projektbericht

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Germany

Phone +49 201-81 49-0, Fax +49 201-81 49-200, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2013

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

**Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes
sowie Antrag der Fraktion der FDP**

Drucksache 16/3968, Drucksache 16/3964

Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik des Landtags
Nordrhein-Westfalen am 15. Oktober 2013

Ansprechpartner: Hermann Rappen

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Zweites Gesetz zur Änderung
des Stärkungspaktgesetzes
sowie Antrag der Fraktion der FDP**

Drucksache 16/3968

Drucksache 16/3964

Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für
Kommunalpolitik des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 15. Oktober 2013

Projektbericht

Ansprechpartner:

Hermann Rappen

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

1. Abundanzumlage als Instrument zur Erhebung kommunaler Finanzierungsbeiträge

Es ist unbestritten, dass die kommunale Finanzlage vieler nordrhein-westfälischer Kommunen prekär ist. Manche Kommunen dürften ohne finanzielle Unterstützung, ihre finanzwirtschaftlichen Probleme nicht mehr in den Griff bekommen (Rappen 2013a). Das Land stellt deshalb im Rahmen des Stärkungspakts Konsolidierungshilfen bereit. Diese werden allein mit Blick auf die Haushaltsnotlage der jeweiligen Kommune gewährt, aber ohne Berücksichtigung von deren Ursachen und der bestehenden Verantwortlichkeiten.

Das Land sieht sich allerdings auf Grund seiner eigenen angespannten Finanzlage nicht in der Lage, die für den Stärkungspakt benötigten Mittel alleine aufzubringen. Es gehörte daher von Anfang zu dessen Konzept, dass ein Teil der Hilfen von der kommunalen Familie selbst aufgebracht werden soll. Dies geschieht seit 2012 durch eine Befrachtung des kommunalen Finanzausgleichs mit 115 Mill. € jährlich, ab 2014 soll zusätzlich eine sog. Solidaritätsumlage in Höhe von 181,6 Mill. € erhoben werden, die finanztechnisch als Abundanzumlage ausgestaltet ist. Die Umlage soll sicherstellen, dass auch diejenigen Kommunen einen Finanzierungsbeitrag leisten, die keine Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich erhalten. Umlagepflichtig sollen diejenigen Kommunen sein, die im jeweiligen Ausgleichsjahr abundant sind und es darüber hinaus in mindestens zwei der vier vorangegangenen Jahre waren. Anzahl und Zusammensetzung der umlagepflichtigen Gemeinden kann sich damit von Jahr zu Jahr verändern. Da zugleich die aufzubringende Summe fixiert ist, kann der Umlagesatz in Abhängigkeit von der jährlichen über den Finanzbedarf hinausgehenden Steuerkraft (sog. überschüssige Steuerkraft), die gemäß der genannten Kriterien in den einzelnen Jahren erfasst wird. Aus diesem Grunde wird eine Abschöpfungsquote von maximal 50% festgelegt.

Das nordrhein-westfälische Modell der Abundanzumlage stellt insoweit eine Besonderheit im Ländervergleich dar, als sie der Finanzierung kommunaler Entschuldungs- oder Konsolidierungshilfen dient. Niedersachsen z.B. erhebt zur Finanzierung der Entschuldungshilfen zusätzlich eine Finanzkraftumlage, die alle Gemeinden einbezieht. Der kommunale Finanzierungsbeitrag wird gemäß des lokalen Anteils an der landesweiten kommunalen Finanzkraft¹ nach Finanzausgleich verteilt. Andere Länder kürzen die Schlüsselmasse des Finanzausgleichs (Vorwegabzüge). Abundanzumlagen sind dagegen ein Instrument eines allgemeinen interkom-

¹ Die Finanzkraft setzt sich zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich 90% der Schlüsselzuweisungen abzüglich 90% der geleisteten Finanzausgleichsumlage.

munalen Finanzausgleichs.² Dabei wird –bis auf Rheinland-Pfalz– die sog. überschüssige Steuerkraft als Bemessungsgrundlage verwendet. Rheinland-Pfalz stellt auf die Steuerkraft ab. Dabei setzt die Umlagepflicht in Mecklenburg-Vorpommern erst ein, wenn die Steuerkraft den Finanzbedarf um 15% übersteigt. Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern verwenden einen einheitlichen Umlagesatz von 20 bzw. 30%; Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gestalten die Umlagesätze progressiv. Sachsen steigert die Umlagesätze mit der Dauer der Abundanz auf maximal 50% ab dem dritten Jahr.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob eine Abundanzumlage allgemein und in der geplanten Ausgestaltung in Nordrhein-Westfalen das geeignete Instrument ist, um einen kommunalen Finanzierungsbeitrag für den Stärkungspakt zu erheben. Dies gilt umso mehr, als das Land die Umlage als befristete Maßnahme mit dem Stärkungspaktgesetz verknüpft und diese bewusst außerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes ansiedelt. Zunächst werden im Folgenden einige grundsätzlichen Probleme des geplanten Kommunal-Soli erörtert, bevor auf die finanzwirtschaftlichen Folgewirkungen der Umlage eingegangen wird. Abschließend wird eine allgemeine Finanzkraftumlage als Alternative diskutiert.

2. Grundsätzliche Probleme des Kommunal-Soli

Das Land ist verpflichtet, den Kommunen im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine finanzielle Mindestausstattung zur Verfügung zu stellen. Dies geschieht über den kommunalen Finanzausgleich, der die kommunale Finanzmasse aufstockt und zugleich einen horizontalen Ausgleich bewirkt. Die Verfassungsgerichte verschiedener Länder stimmen darin überein, dass die Mittel hierfür nicht alleine aus den Mitteln des Landes kommen muss, sondern zu diesem Zweck auch kommunale Steuereinnahmen abgeschöpft werden können (Obermann 2012: 292).

Die Verfassungsgerichte lassen dabei erstaunlicherweise außer Acht, dass die kommunale Finanzierung sich primär auf das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz³ stützt. Gebühren knüpfen an der individuellen Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen an; Beiträge, die Realsteuern und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuern folgen einer gruppenmäßigen Äquivalenz. Eine Abundanzumlage, wie sie im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehen ist, ist vor diesem Hintergrund

² Dies gilt für Baden-Württemberg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. In Sachsen-Anhalt wurde die Finanzausgleichsumlage aus verfassungsrechtlichen Gründen ausgesetzt; in Schleswig⁻³ Das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz besagt, dass der Kreis der Nutzer und Zahler überstimmen muss.

³ Das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz besagt, dass der Kreis der Nutzer und Zahler überstimmen muss.

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

fragwürdig. Sie zwingt die abundanten Gemeinden dazu, bei unveränderter Steuerbelastung ihre Leistungen einzuschränken oder die Hebesätze anzuheben. Dies widerspricht aber dem Grundsatz einer äquivalenzorientierten Finanzierung auf kommunaler Ebene, denn letztlich werden durch die Abundanzumlage die kommunalen Steuerzahler abgeschöpft. Es ist insoweit auch nicht zutreffend, wenn es in dem Gesetzentwurf heißt, dass die Maßnahme keine finanziellen Auswirkungen auf private Haushalte und Unternehmen hat.

Darüber hinaus ist zu fragen, ob die sog. überschüssige Steuerkraft überhaupt eine geeignete Bemessungsgrundlage für eine Umlagegrundlage darstellt. Der kommunale Finanzbedarf bzw. die Ausgleichsmesszahl werden als Indikatoren für die notwendigen Ausgaben angesehen, denen eine angemessene Finanzausstattung gegenüberzustellen ist. Die Ausgleichsmesszahl selbst wird wesentlich von der Finanzausgleichsmasse bestimmt, denn sie ist das Produkt aus dem Grundbetrag, eine rein rechnerische Größe, die die Ausschöpfung der Finanzausgleichsmasse sicherstellen soll, und der (veredelten) Einwohnerzahl als abstrakter Bedarfsmaßstab. Die Zahl der abundanten Gemeinden hängt damit letztlich von der Höhe der Schlüsselmasse und des Grundbetrags ab.

Diskutiert wird immer wieder die Frage, ob im kommunalen Finanzausgleich die tatsächlichen Steuereinnahmen oder die normierte Steuerkraft anzusetzen sind. Dieses Problem gewinnt mit Blick auf die Abundanzumlage an Schärfe, da diese auf die überschüssige Steuerkraft abstellt. Gemeinden mit niedrigeren als den nivellierten Hebesätzen werden damit stärker abgeschöpft, als Gemeinden mit höheren Hebesätzen. Für die Anwendung nivellierter Hebesätze spricht allerdings, dass strategisches Verhalten ausgeschlossen werden soll. Umso wichtiger wäre es, die weiteren kommunalen Umlagen⁴ (Kreisumlagen, Umlagen der Landschaftsverbände) mit in die Betrachtung einzubeziehen, da ihnen die Steuerkraftmesszahl als Teil der Bemessungsgrundlage zu Grunde liegt. Die Kumulation verschiedener Umlagen kann nämlich zu einer übermäßigen Abschöpfung der tatsächlichen Steuereinnahmen führen. Die Landesregierung argumentiert hier gegen eine umlagewirksame Ausgestaltung mit dem Argument, dass die verringerten Umlagegrundlagen durch höhere Umlagesätze kompensiert würden. Entgegen der Annahme der Landesregierung würden die Solidaritätsumlagezahler dennoch entlastet, denn ihre relative Position zu den anderen Gemeinden änderte sich. Außer der Gewerbesteuerumlage sollten deshalb auch die anderen Umlagen als steuerkraftmindernd berücksichtigt werden. Die geplante Regelung des § 2 Absatz 7 Stärkungspaktgesetzes, die eine maximale Abschöpfung der Finanzkraft durch Solidaritätsumlage und allgemeine

⁴ Die Gewerbesteuerumlage wird bei Ermittlung der normierten Steuerkraft abgesetzt.

Kreisumlage auf 90% vorsieht⁵, ist komplex und löst das Problem der kumulativen Belastungswirkungen nicht zufriedenstellend.

Ein weiteres, grundsätzliches Problem ergibt sich aus den zahlreichen kommunalen Auslagerungen und den Erträgen aus der kommunalen Wirtschaftstätigkeit. Von den Einzahlungen in 2011 entfielen zwar nur 0,9% auf Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Es bestehen aber erhebliche Verflechtungen zwischen der kommunalen Kernverwaltung, den kommunalen Eigenbetrieben und Eigengesellschaften sowie den Anstalten öffentlichen Rechts. So werden sog. Cash Pools geschaffen, um Liquiditätsüberschüsse und -defizite innerhalb des städtischen Konzerns auszugleichen; die Kommunen verschulden sich, um ihren Unternehmen kostengünstige Darlehen zur Verfügung stellen zu können. Kommunale Aufgaben, Einnahmen und Ausgaben, Personal sowie Schulden werden auf Eigenbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts und Eigengesellschaften ausgelagert. Das Neue kommunale Finanzmanagement fordert deshalb von den Städten nicht ohne Grund die Erstellung einer Konzernbilanz. Das Stärkungspaktgesetz selbst verlangt von den teilnehmenden Gemeinden, dass das kommunale Vermögen einen Konsolidierungsbeitrag leisten soll (§6 Absatz 2 Nr. 3). Dies kann in vielfältigen Formen geschehen, z.B. durch höhere Ausschüttungen oder durch die Übernahme von kommunalen Aufgaben (Rappen 2013b). Die überschüssige Finanzkraft erweist sich auch vor diesem Hintergrund als wenig geeigneter Indikator kommunaler Leistungsfähigkeit. Dieses Problem kann aber nicht kurzfristig gelöst werden, allein schon deshalb, weil man erst seit kurzem damit begonnen hat, hier bestehende Informationslücken systematisch zu schließen.

3. Finanzwirtschaftliche Folgeprobleme der Abundanzumlage

Ein Problem der Abundanzumlage ist wie bereits oben ausgeführt, dass das Umlagevolumen fix ist, während sich die Bemessungsgrundlage in Abhängigkeit von der Zusammensetzung der Gruppe und der gesamt- wie regionalwirtschaftlichen Entwicklung verändert. Es ist also davon auszugehen, dass sich die Zusammensetzung der umlagepflichtigen Gemeinden bis 2020 ändern wird. Hätte man dies Regeln des Stärkungspaktes ab 2008 angewendet, so hätte der Kreis der abundanten Gemeinden von 35 (2008) auf 60 (2014) zugenommen (Schaubild 1). Insgesamt wären 81 Kommunen von der Umlage einmal oder mehrmals erfasst worden. Davon wären 35 Gemeinden sechs bzw. sieben Jahre umlagepflichtig gewesen, aber immerhin 24 nur in einem oder in zwei Jahren (Schaubild 2). Das Innenministerium kommt in

⁵ Ein Ausgleichsanspruch entsteht nur, wenn in drei aufeinanderfolgenden Jahren die Grenze überschritten wird.

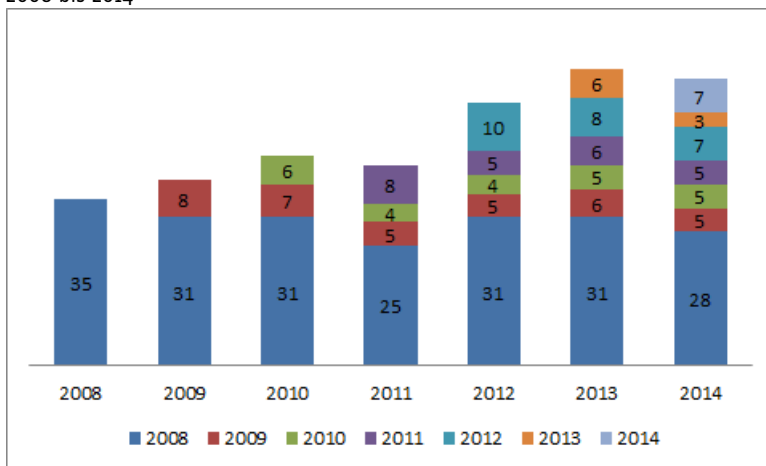
Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

Modellberechnungen zu dem Ergebnis, dass sich der Umlagesatz in 2013 auf 34,5% belaufen hätte. Dies sind immerhin neun Prozentpunkte mehr als für 2014 angesetzt werden. Die Umlagepflicht ist damit für eine Reihe von Kommunen nur schwer kalkulierbar; die Höhe des zukünftigen Umlagesatzes für alle potenziell und tatsächlich Betroffenen nicht vorhersehbar. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht nicht umsonst einen Umlagesatz von bis zu 50% vor. Ein solcher Umlagesatz wäre aber überhaupt nicht zu rechtfertigen.

Schaubild 1

Fiktive Entwicklung der umlagepflichtigen Gemeinden

2008 bis 2014



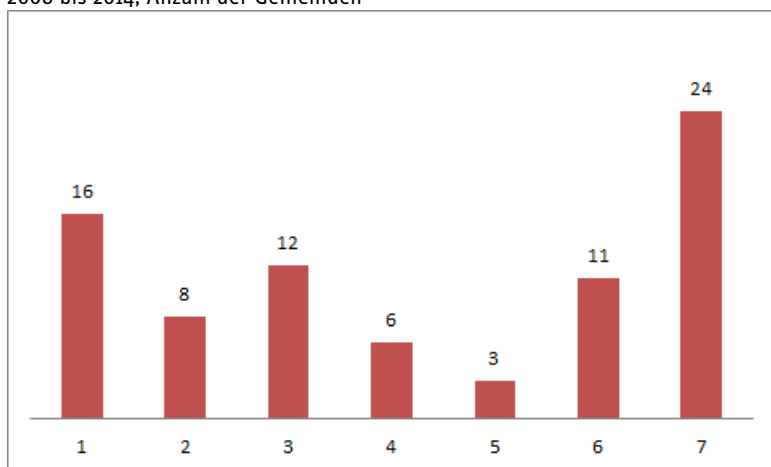
Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Ministerium für Inneres und Kommunales NRW.

Zweifel am Konzept kommen auf, wenn man sich die Zusammensetzung der 60 Kommunen ansieht, die einen Solidaritätsbeitrag in Höhe von zurzeit 23,47% der jeweiligen überschüssigen Steuerkraft leisten sollen. So befinden sich 18 der 60 Gemeinden selbst in der Haushaltssicherung befinden: 16 mit einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept, zwei mit einem nicht genehmigten (s. Anhang, Übersicht A1). Die Hälfte der Gemeinden, die sich in der Haushaltssicherung befinden, sieht sich zudem schwierigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen gegenüber: Es handelt sich im Sinne des Bundesamtes für Raumforschung um schrumpfende Gemeinden, die u.a. durch überdurchschnittliche Bevölkerungsverluste und überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten gekennzeichnet sind. Diese Gruppe soll immerhin 8,8% des Umlagevolumens aufbringen, obwohl sie selbst unter erheblichen strukturellen Problemen leiden. Kritisch zu sehen ist auch, dass es vor allem

die größeren Kleinstädte (10 000 b. u. 20 000 Einwohner) und die kleineren Mittelstädte (20 000 b. u. 50 000 Einwohner) sind, die die Umlage finanzieren. Sie erbringen zwei Drittel des Volumens auf; ein Viertel entfällt allerdings alleine auf die Stadt Monheim am Rhein. Dagegen entfallen 70% des Volumens der geleisteten Konsolidierungshilfen auf kreisfreie Städte.

Schaubild 2

Dauer der Zugehörigkeit zum fiktiven Kreis der umlagepflichtigen Gemeinden
2008 bis 2014; Anzahl der Gemeinden



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Ministerium für Inneres und Kommunales NRW.

Die Abundanzumlage führt zudem zu einer Änderung der Finanzkraftreihenfolge, wie sie sich nach dem kommunalen Finanzausgleich ergibt. Für 5 von den 60 abundanten Gemeinden ändert sich die Finanzkraftreihenfolge nicht, 4 verbessern ihre relative Position, in 51 Fällen verringert sich nicht nur die Finanzkraft, sondern es verschlechtert sich auch die relative Position (Übersicht 1). Beispielhaft sei hier Hilchenbach angeführt: Es verfügt vor Solidaritätsumlage über 1 700 € je Einwohner, danach nur noch über 1 548 € je Einwohner. Damit rutscht Hilchenbach von Rang 17 auf Rang 26 in der Reihenfolge. Dass die relative Position von Gemeinden geändert wird, ist vermutlich auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten fragwürdig (Obermann 2012).

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

Übersicht 1

Solidaritätsumlage und Veränderung der Finanzkraftreihenfolge

| Stadt/Gemeinde | Finanzkraftreihenfolge | Stadt/Gemeinde | Finanzkraftreihenfolge |
|---------------------|------------------------|--------------------------|------------------------|
| Alpen | ↓ | Langenfeld (Rhld.) | ↓ |
| Altenberge | ↓ | Meckenheim | ↓ |
| Attendorn | ↓ | Meerbusch | ↓ |
| Bad Honnef | ↓ | Meinerzhagen | ↓ |
| Blomberg | ↑ | Monheim am Rhein | → |
| Burbach | → | Neuenkirchen | ↓ |
| Drolshagen | ↓ | Neuenrade | ↓ |
| Düsseldorf | ↓ | Neuss | ↑ |
| Ennepetal | ↑ | Odenthal | ↓ |
| Ense | ↓ | Oelde | ↓ |
| Erndtebrück | ↓ | Olsberg | ↓ |
| Erwitte | ↓ | Plettenberg | ↓ |
| Espelkamp | ↓ | Ratingen | ↓ |
| Everswinkel | ↓ | Rheda-Wiedenbrück | ↓ |
| Frechen | ↓ | Rietberg | ↓ |
| Grevenbroich | ↓ | Rödinghausen | ↓ |
| Gronau | ↓ | Roetgen | ↓ |
| Haan | ↓ | Schalksmühle | ↓ |
| Halle | ↓ | Schloß Holte-Stukenbrock | ↓ |
| Harsewinkel | ↓ | Sendenhorst | ↓ |
| Heek | ↓ | Steinhagen | ↓ |
| Herzebrock-Clarholz | ↓ | Straelen | → |
| Hilchenbach | ↓ | Verl | → |
| Hilden | ↓ | Wachtendonk | ↓ |
| Inden | ↑ | Wenden | ↓ |
| Kempen | → | Wermelskirchen | ↓ |
| Kirchhundem | ↓ | Wetter (Ruhr) | ↓ |
| Kirchlengern | ↓ | Wiehl | ↓ |
| Kreuztal | ↓ | Willich | ↓ |
| Langenberg | ↓ | Wilnsdorf | ↓ |

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW.

Übersicht 2

Gewerbesteuerhebesätze in den abundanten Gemeinden 2013

| Hebesatz > 413 | Hebesatz ≈ 412 | Hebesatz < 411 |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Hebesatz < 430 • Alpen (417) • Bad Honnef (421) • Blomberg (420) • Erndtebrück (425) • Neunkirchen (419) • Odenthal (424) • Roetgen (426) • Wiehl (420) • Hebesatz 430 - 440 • Burbach (430) • Drolshagen (431) • Düsseldorf (440) • Ennepetal (436) • Erwitte (437) • Inden (440) • Kempen (440) • Meckenheim (430) • Neuenrade (439) • Olsberg (435) • Schalksmühle (433) • Wermelskirchen (430) • Willich (439) • Hebesatz > 440 • Frechen (450) • Grevenbroich (450) • Meerbusch (450) • Meinerzhagen (450) • Neuss (455) • Wetter (485) • Wilnsdorf (450) | <ul style="list-style-type: none"> • Altenberge (411) • Ense (411) • Everswinkel (411) • Hilchenbach (411) • Kirchhundem (411) • Kirchlengern (411) • Kreuztal (413) • Oelde (412) • Plettenberg (411) • Rödinghausen (411) • Sendenhorst (411) • Wachtendonk (411) • Wenden (411) | <ul style="list-style-type: none"> • Hebesatz > 400 • Espelkamp (403) • Gronau (403) • Halle (403) • Heek (403) • Hilden (400) • Langenberg (403) • Ratingen (400) • Rheda-Wiedenbrück (403) • Rietberg (400) • Steinhagen (403) • Hebesatz < 400 • Attendorn (395) • Haan (398) • Harsewinkel (370) • Herzebrock-Clarholz (380) • Langenfeld (360) • Monheim am Rhein (300) • Schloß Holte-Stukenbrock (370) • Straelen (335) • Verl (340) |

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Köln. – Hervorgehobene Gemeinden (fett, kursiv) befinden sich in der Haushaltssicherung (Stand 31.12.2012).

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

Sollten die Kommunen die zu leistende Solidaritätsumlage durch eine Anhebung der Realsteuerhebesätze kompensieren, durchbricht dies – wie bereits erläutert – das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz. Davon abgesehen gestaltet sich eine Steuererhöhung nicht zuletzt mit Blick auf den interkommunalen Wettbewerb als schwierig und in vielen Fällen auch kaum möglich. Knapp die Hälfte der umlagepflichtigen Gemeinden hat bereits einen Gewerbesteuerhebesatz festgelegt, der über dem nivellierten Hebesatz des kommunalen Finanzausgleichs liegt (Übersicht 2). Darunter befindet sich auch der überwiegende Teil derjenigen umlagepflichtigen Gemeinden, die sich in der Haushaltssicherung befinden.

4. Eine Alternative: Die Finanzkraftumlage

Ausgehend von dem Umstand, dass das Land nicht in der Lage ist, den Stärkungspakt alleine zu finanzieren und der berechtigten Prämisse, dass nicht alleine die Zuweisungsempfänger den kommunalen Beitrag finanzieren sollen, bietet sich eine allgemeine Finanzkraftumlage an, die alle Städte und Gemeinden einbezieht. Sie böte den Vorteil, dass zumindest die Finanzkraftreihenfolge gewahrt bliebe und der Wettbewerb unter den Kommunen weniger verzerrt würde. Nachteil aus Sicht der Stärkungspaktgemeinden wäre, dass sie einen größeren Teil der Hilfen als bislang indirekt über den Vorwegabzug im kommunalen Finanzausgleich aufbringen müssten. Dies ist aber nicht ungewöhnlich: Niedersachsen erhebt eine solche Umlage zur Finanzierung der Entschuldungshilfen. Aber auch in anderen Fällen findet man ein ähnliches Vorgehen. So versteuern Transferempfänger Transferleistungen direkt (z.B. Unternehmen als Erträge) oder indirekt (z.B. Hartz IV-Empfänger über den Konsum).

Die Belastungswirkungen einer solchen Finanzkraftumlage sind in der Anlage (Tabelle A1) dokumentiert. Variante A betrachtet eine Umlage, deren Volumen der geplanten Abundanzumlage (181,6 Mill. €) entspricht. Damit stieg der Finanzierungsanteil der Stärkungspaktgemeinden von 55 Mill. €⁶ auf 110,7 Mill. € bzw. von 18,5 auf 37,3%. Variante B unterstellt, dass die Volumina der Befragung des kommunalen Finanzausgleichs (115 Mill. €) und der geplanten Abundanzumlage (181,6 Mill. €) zusammengelegt und im Rahmen einer Finanzausgleichsumlage finanziert werden. Die Stärkungspaktgemeinden würden durch die Aufstockung der Schlüsselmasse um 55 Mill. € entlastet, zugleich aber durch die Finanzkraftumlage um 90,4 Mill. € belastet. Ihr Finanzierungsanteil beliefe sich damit auf 30,5%. Wie gesagt, dies ist mit Blick auf die Ausgestaltung öffentlicher Transferzahlungen nicht

⁶ Geschätzte Auswirkung des Vorwegabzugs auf die Schlüsselzuweisungen der Stärkungspaktgemeinden.

unüblich. Auch Niedersachsen beteiligt die unterstützten Gemeinden auf diese Art an der Finanzierung. Zu fragen wäre aber, ob mit der Kürzung der Schlüsselzuweisungen bereits die Grenzen einer vertretbaren Eigenbeteiligung der Stärkungspaktgemeinden erreicht würden. Dies unterstellt, könnte man die unterstützten Gemeinden –wie bei der geplanten Solidaritätsumlage– von der Umlage ausnehmen (Variante C auf Basis der Variante A). Das Land könnte die Stärkungspaktkommunen allerdings auch kompensieren: Gemessen an der indirekten Beteiligung der Stärkungspaktgemeinden durch den Vorwegabzug belief sich der Finanzbedarf auf 35,4 Mill. € (Variante B) bis 55,7 Mill. € (Variante A).

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

Literatur

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (2013) (Hrsg.), Solidaritätsumlage. Berechnung auf Basis der 1. Modellrechnung 2014 –vorläufig-. Düsseldorf.

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (2013) (Hrsg.), Konsolidierungshilfen nach dem Stärkungspaktgesetz. Stand 12.07.2013. Düsseldorf.

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (2013) (Hrsg.), 1. Modellrechnung Gemeindefinanzierungsgesetz 2014. Düsseldorf.

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (Hrsg.), Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen. Schlüsselzuweisungen der Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände 2004 bis 2013. Düsseldorf.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2013a) (Hrsg.), Gesetzentwurf der Landesregierung. Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 – GFG 2014). Drucksache 16/3802. Düsseldorf.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2013b) (Hrsg.), Gesetzentwurf der Landesregierung. Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktes. Drucksache 16/3968. Düsseldorf.

Obermann, H. (2012), Abundanzumlage bei „reichen“ Gemeinden als Notnagel der Kommunalfinanzierung. *Landes- und Kommunalverwaltung*, 20 (7): 289-295.

Rappen, H. (2013a), Finanzwirtschaftliche Risiken der Kommunalverschuldung. *RWI Konjunkturbericht* 64 (2):45-58.

Rappen, H. (2013b), Kommunale Wohnungsunternehmen zwischen Haushaltskonsolidierung und Aufgabenerfüllung. *InfrastrukturRecht* 10 (11), Sonderausgabe "Kommunales Infrastruktur-Management". Erscheint demnächst.

RWI

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

Anhang

Übersicht A1

Typisierung der umlagepflichtigen Städte und Gemeinden

| Stadt/Gemeinde | Gemeindetyp ¹ | Wachsend/ Schrumpfend ² | Haushaltsstatus ³ |
|---------------------|--------------------------|---------------------------------------|------------------------------|
| Alpen | Größere Kleinstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Altenberge | Größere Kleinstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Attendorn | Kleinere Mittelstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Bad Honnef | Kleinere Mittelstadt | wachsend | gen. HSK |
| Blomberg | Größere Kleinstadt | schrumpfend | Allgem. Rücklage |
| Burbach | Größere Kleinstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Drolshagen | Größere Kleinstadt | wachsend | gen. HSK |
| Düsseldorf | Große Großstadt | stark wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Ennepetal | Kleinere Mittelstadt | schrumpfend | gen. HSK |
| Ense | Größere Kleinstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Erndtebrück | Kleine Kleinstadt | schrumpfend | gen. HSK |
| Erwitte | Größere Kleinstadt | schrumpfend | gen. HSK |
| Espelkamp | Kleinere Mittelstadt | wachsend | Allgem. Rücklage |
| Everswinkel | Kleine Kleinstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Frechen | Kleinere Mittelstadt | stark wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Grevenbroich | Größere Mittelstadt | wachsend | nicht gen. HSK |
| Gronau | Kleinere Mittelstadt | wachsend | ausgegl. Haushalt |
| Haan | Kleinere Mittelstadt | wachsend | gen. HSK |
| Halle | Kleinere Mittelstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Harsewinkel | Kleinere Kleinstadt | wachsend | ausgegl. Haushalt |
| Heek | Kleinere Kleinstadt | schrumpfend | fiktiv ausgeglichen |
| Herzebrock-Clarholz | Größere Kleinstadt | schrumpfend | Allgem. Rücklage |
| Hilchenbach | Größere Kleinstadt | schrumpfend | gen. HSK |
| Hilden | Größere Mittelstadt | wachsend | ausgegl. Haushalt |
| Inden | Kleinere Kleinstadt | schrumpfend | gen. HSK |
| Kempen | Kleinere Mittelstadt | Wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Kirchhundem | Größere Kleinstadt | schrumpfend | gen. HSK |
| Kirchlengern | Größere Kleinstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Kreuztal | Kleinere Mittelstadt | wachsend | Allgem. Rücklage |
| Langenberg | Kleinere Kleinstadt | schrumpfend | fiktiv ausgeglichen |
| Langenfeld | Größere Mittelstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Übersicht A1

| Stadt/Gemeinde | Gemeindetyp ¹ | Wachsend/ Schrumpfend ² | Haushaltsstatus ³ |
|--------------------------|--------------------------|---------------------------------------|------------------------------|
| Meckenheim | Kleinere Mittelstadt | wachsend | Allgem. Rücklage |
| Meerbusch | Größere Mittelstadt | wachsend | Allgem. Rücklage |
| Meinerzhagen | Kleinere Mittelstadt | schrumpfend | gen. HSK |
| Monheim am Rhein | Kleinere Mittelstadt | stabil | ausgegl. Haushalt |
| Neuenrade | Größere Kleinstadt | wachsend | gen. HSK |
| Neunkirchen | Größere Kleinstadt | wachsend | gen. HSK |
| Neuss | Kleine Großstadt | schrumpfend | fiktiv ausgeglichen |
| Odenthal | Größere Kleinstadt | wachsend | Allgem. Rücklage |
| Oelde | Kleinere Mittelstadt | wachsend | Allgem. Rücklage |
| Olsberg | Größere Kleinstadt | schrumpfend | gen. HSK |
| Plettenberg | Kleinere Mittelstadt | schrumpfend | ausgegl. Haushalt |
| Ratingen | Größere Mittelstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Rheda-Wiedenbrück | Kleinere Mittelstadt | stark wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Rietberg | Kleinere Mittelstadt | wachsend | Allgem. Rücklage |
| Rödinghausen | Kleinere Kleinstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Roetgen | Kleinere Kleinstadt | wachsend | nicht gen. HSK |
| Schalksmühle | Größere Kleinstadt | schrumpfend | Allgem. Rücklage |
| Schloß Hulte-Stukenbrock | Kleinere Mittelstadt | wachsend | Allgem. Rücklage |
| Sendenhorst | Größere Kleinstadt | wachsend | Allgem. Rücklage |
| Steinhagen | Größere Kleinstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Straelen | Größere Kleinstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Verl | Kleinere Mittelstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Wachtendonk | Kleinere Kleinstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Wenden | Größere Kleinstadt | wachsend | Allgem. Rücklage |
| Wermelskirchen | Kleinere Mittelstadt | wachsend | gen. HSK |
| Wetter | Kleinere Mittelstadt | wachsend | gen. HSK |
| Wiehl | Kleinere Mittelstadt | wachsend | ausgegl. Haushalt |
| Willich | Größere Mittelstadt | wachsend | fiktiv ausgeglichen |
| Wilnsdorf | Kleinere Mittelstadt | wachsend | gen. HSK |

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung sowie des Innenministeriums rhein-Westfalen. ¹Gemeindetypisierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Größenklassen). ²Globalindikator der laufenden Raumbewertung der BBSR festgemacht an sechs Indikatoren: Bevölkerungsentwicklung, Gesamtwanderungssaldo, Arbeitsplatzentwicklung, Arbeitslosenquote, Realsteuerkraft,

RWI

Kaufkraft). -³Nach Angaben des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (Stand 31.12.2012).

Tabelle A1

Solidaritätsumlage und alternative Finanzkraftumlagen im Vergleich

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts-umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|--------------------------|----------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreisfreie Städte</i> | | | | |
| Düsseldorf | 26 981 | 8 524 | 13 858 | 12 249 |
| Duisburg | | 6 032 | 9 902 | |
| Essen | | 7 456 | 12 214 | |
| Krefeld | | 2 659 | 4 352 | 3 820 |
| Mönchengladbach | | 3 107 | 5 085 | |
| Mülheim an der Ruhr | | 1 761 | 2 876 | 2 530 |
| Oberhausen | | 2 371 | 3 886 | |
| Remscheid | | 1 151 | 1 877 | |
| Solingen | | 1 609 | 2 627 | |
| Wuppertal | | 4 164 | 6 818 | |
| Bonn | | 3 408 | 5 561 | 4 897 |
| Köln | | 12 945 | 21 128 | 18 602 |
| Leverkusen | | 1 651 | 2 699 | |
| Bottrop | | 1 132 | 1 855 | |
| Gelsenkirchen | | 3 196 | 5 263 | |
| Münster | | 3 074 | 5 006 | 4 418 |
| Bielefeld | | 3 697 | 6 050 | 5 312 |
| Bochum | | 4 117 | 6 746 | 5 916 |
| Dortmund | | 7 380 | 12 105 | 10 605 |
| Hagen | | 2 060 | 3 374 | |
| Hamm | | 1 946 | 3 192 | |
| Herne | | 1 751 | 2 877 | |

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|-----------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Kleve</i> | | | | |
| Bedburg-Hau | | 89 | 145 | 128 |
| Emmerich | | 253 | 413 | 364 |
| Geldern | | 277 | 451 | 397 |
| Goch | | 261 | 425 | 374 |
| Issum | | 79 | 129 | 114 |
| Kalkar | | 102 | 166 | 147 |
| Kerken | | 79 | 129 | 114 |
| Kevelaer | | 214 | 350 | 308 |
| Kleve | | 463 | 757 | 665 |
| Kranenburg | | 62 | 101 | 89 |
| Rees | | 164 | 268 | 235 |
| Rheurdt | | 40 | 65 | 58 |
| Straelen | 7 984 | 364 | 592 | 524 |
| Udem | | 61 | 99 | 88 |
| Wachtendonk | 34 | 52 | 85 | 75 |
| Weeze | | 83 | 136 | 120 |
| <i>Kreis Mettmann</i> | | | | |
| Erkrath | | 430 | 701 | 618 |
| Haan | 2 838 | 340 | 552 | 488 |
| Heiligenhaus | | 231 | 376 | 332 |
| Hilden | 4 386 | 620 | 1 008 | 891 |
| Langenfeld (Rhld.) | 5 999 | 693 | 1 127 | 996 |
| Mettmann | | 320 | 521 | 460 |
| Monheim am Rhein | 46 489 | 1 848 | 3 005 | 2 656 |
| Ratingen | 8 509 | 1 105 | 1 797 | 1 588 |
| Velbert | | 776 | 1 267 | |
| Wülfrath | | 169 | 274 | 242 |

RWI

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|--------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Rhein-Kreis Neuss</i> | | | | |
| Dormagen | | 514 | 838 | 739 |
| Grevenbroich | 1 390 | 600 | 976 | 863 |
| Jüchen | | 161 | 263 | 232 |
| Kaarst | | 316 | 514 | 454 |
| Korschenbroich | | 218 | 355 | |
| Meerbusch | 2 337 | 503 | 818 | 723 |
| Neuss | 1 602 | 1 658 | 2 696 | 2 383 |
| Rommerskirchen | | 82 | 133 | 118 |
| <i>Kreis Viersen</i> | | | | |
| Brüggen | | 124 | 202 | 178 |
| Grefrath | | 104 | 170 | 150 |
| Kempen | 199 | 297 | 483 | 427 |
| Nettetal | | 348 | 567 | 500 |
| Niederkrüchten | | 102 | 167 | 147 |
| Schwalmtal | | 146 | 238 | 209 |
| Tönisvorst | | 219 | 357 | 315 |
| Viersen | | 738 | 1 207 | 1 061 |
| Willich | 922 | 430 | 699 | 618 |

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|----------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Wesel</i> | | | | |
| Alpen | 2 071 | 150 | 244 | 216 |
| Dinslaken | | 603 | 986 | 866 |
| Hamminkeln | | 187 | 305 | 269 |
| Hünxe | | 97 | 158 | 140 |
| Kamp-Lintfort | | 357 | 585 | 513 |
| Moers | | 981 | 1 605 | |
| Neukirchen-Vluyn | | 212 | 346 | 304 |
| Rheinberg | | 251 | 409 | 361 |
| Schermbeck | | 105 | 172 | 151 |
| Sonsbeck | | 66 | 108 | 95 |
| Voerde | | 312 | 511 | 449 |
| Wesel | | 607 | 993 | 872 |
| Xanten | | 150 | 245 | 216 |
| <i>Städteregion Aachen</i> | | | | |
| Aachen | | 2 686 | 4 383 | 3 860 |
| Alsdorf | | 441 | 723 | 634 |
| Baesweiler | | 216 | 354 | 311 |
| Eschweiler | | 535 | 875 | 769 |
| Herzogenrath | | 400 | 655 | 575 |
| Monschau | | 88 | 143 | |
| Roetgen | 334 | 61 | 99 | 88 |
| Simmerath | | 106 | 172 | 152 |
| Stolberg | | 552 | 903 | |
| Würselen | | 317 | 517 | |

RWI

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|-------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Düren</i> | | | | |
| Aldenhoven | | 116 | 190 | |
| Düren | | 999 | 1 636 | 1 436 |
| Heimbach | | 32 | 52 | 45 |
| Hürtgenwald | | 56 | 92 | 81 |
| Inden | | 50 | 82 | 73 |
| Jülich | | 282 | 460 | 405 |
| Kreuzau | | 123 | 200 | 177 |
| Langerwehe | | 101 | 164 | 144 |
| Linnich | | 102 | 166 | 146 |
| Merzenich | | 71 | 116 | 102 |
| Nideggen | | 70 | 114 | |
| Niederzier | | 112 | 183 | 161 |
| Nörvenich | | 73 | 120 | |
| Titz | | 54 | 88 | 78 |
| Vettweiß | | 59 | 97 | 85 |
| <i>Rhein-Erft-Kreis</i> | | | | |
| Bedburg | | 181 | 296 | 260 |
| Bergheim | | 601 | 983 | 864 |
| Brühl | | 395 | 644 | 567 |
| Elsdorf | | 171 | 279 | 246 |
| Erftstadt | | 396 | 647 | 570 |
| Frechen | 1 945 | 511 | 830 | 734 |
| Hürth | | 494 | 804 | 710 |
| Kerpen | | 597 | 974 | 857 |
| Pulheim | | 408 | 664 | 587 |
| Wesseling | | 332 | 540 | 477 |

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|-------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Euskirchen</i> | | | | |
| Bad Münstereifel | | 131 | 214 | 188 |
| Blankenheim | | 66 | 108 | 95 |
| Dahlem | | 31 | 51 | 45 |
| Euskirchen | | 518 | 846 | 744 |
| Hellenthal | | 62 | 101 | 89 |
| Kall | | 85 | 139 | 122 |
| Mechernich | | 204 | 333 | 293 |
| Nettersheim | | 50 | 82 | 72 |
| Schleiden | | 99 | 162 | 142 |
| Weilerswilt | | 125 | 204 | 180 |
| Zülpich | | 154 | 251 | 221 |
| <i>Kreis Heinsberg</i> | | | | |
| Erkelenz | | 361 | 588 | 519 |
| Gangelt | | 79 | 129 | 113 |
| Geilenkirchen | | 219 | 358 | 315 |
| Heinsberg (Rld.) | | 358 | 584 | 514 |
| Hückelhoven | | 339 | 555 | 486 |
| Selfkant | | 63 | 104 | 91 |
| Übach-Palenberg | | 232 | 379 | |
| Waldfeucht | | 56 | 92 | 81 |
| Wassenberg | | 135 | 222 | 194 |
| Wegberg | | 213 | 348 | 306 |

RWI

| noch Tabelle A1 | | | | |
|-----------------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
| <i>Oberbergischer Kreis</i> | | | | |
| Bergneustadt | | 166 | 272 | 0 |
| Engelskirchen | | 165 | 268 | 0 |
| Gummersbach | | 469 | 763 | 0 |
| Hückeswagen | | 121 | 196 | 173 |
| Lindlar | | 168 | 273 | 241 |
| Marieneide | | 106 | 172 | |
| Morsbach | | 108 | 176 | 156 |
| Nümbrecht | | 126 | 205 | |
| Radevormwald | | 197 | 320 | 283 |
| Reichshof | | 158 | 257 | 227 |
| Waldbroël | | 167 | 274 | 241 |
| Wiehl | 3 469 | 295 | 480 | 424 |
| Wipperfürth | | 228 | 371 | 328 |
| <i>Rheinisch-Bergischer Kreis</i> | | | | |
| Bergisch Gladbach | | 1 007 | 1 642 | 1 446 |
| Burscheid | | 148 | 242 | |
| Kürten | | 144 | 235 | |
| Leichlingen | | 204 | 332 | 293 |
| Odenthal | 280 | 104 | 169 | 149 |
| Overath | | 204 | 333 | 294 |
| Rösrath | | 205 | 334 | 295 |
| Wermelskirchen | 437 | 291 | 473 | 418 |

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|-------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Rhein-Sieg-Kreis</i> | | | | |
| Alfter | | 154 | 252 | 222 |
| Bad Honnef | 228 | 193 | 314 | 278 |
| Bornheim | | 362 | 591 | 521 |
| Eitorf | | 162 | 265 | 233 |
| Hennef | | 380 | 619 | 546 |
| Königswinter | | 306 | 498 | 439 |
| Lohmar | | 224 | 365 | 322 |
| Meckenheim | 651 | 213 | 346 | 306 |
| Much | | 106 | 173 | 153 |
| Neunkirchen-Seelscheid | | 141 | 229 | |
| Niederkassel | | 265 | 432 | 381 |
| Rheinbach | | 199 | 323 | 286 |
| Ruppichteroth | | 79 | 128 | 113 |
| Sankt Augustin | | 471 | 768 | 676 |
| Siegburg | | 398 | 648 | 572 |
| Swisttal | | 125 | 203 | 179 |
| Troisdorf | | 719 | 1 171 | 1 033 |
| Wachtberg | | 128 | 208 | 183 |
| Windeck | | 155 | 254 | |

RWI

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|---------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Borken</i> | | | | |
| Ahaus | | 291 | 474 | 419 |
| Bocholt | | 627 | 1 020 | 902 |
| Borken | | 340 | 554 | 489 |
| Gescher | | 127 | 208 | 183 |
| Gronau | 1 545 | 452 | 735 | 649 |
| Heek | 479 | 70 | 114 | 101 |
| Heiden | | 54 | 87 | 77 |
| Isselburg | | 79 | 128 | 113 |
| Legden | | 46 | 75 | 66 |
| Raesfeld | | 76 | 124 | 109 |
| Reken | | 118 | 191 | 169 |
| Rhede | | 134 | 218 | 193 |
| Schöppingen | | 56 | 91 | 81 |
| Stadtlohn | | 169 | 274 | 243 |
| Südlohn | | 66 | 107 | 95 |
| Velen | | 91 | 149 | 131 |
| Vreden | | 180 | 293 | 259 |

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|-----------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Coesfeld</i> | | | | |
| Ascheberg | | 107 | 174 | 153 |
| Billerbeck | | 94 | 152 | 135 |
| Coesfeld | | 293 | 478 | 422 |
| Dülmen | | 349 | 568 | 501 |
| Havixbeck | | 85 | 139 | 123 |
| Lüdinghausen | | 183 | 299 | 264 |
| Nordkirchen | | 72 | 118 | 104 |
| Nottuln | | 134 | 219 | 193 |
| Olfen | | 86 | 141 | 124 |
| Rosendahl | | 71 | 115 | 102 |
| Senden | | 149 | 243 | 214 |
| <i>Kreis Recklinghausen</i> | | | | |
| Castrop-Rauxel | | 749 | 1 228 | |
| Datteln | | 333 | 546 | |
| Dorsten | | 685 | 1 122 | |
| Gladbeck | | 773 | 1 268 | |
| Haltern am See | | 281 | 459 | |
| Herten | | 604 | 990 | |
| Marl | | 914 | 1 492 | |
| Oer-Erkenschwick | | 263 | 432 | |
| Recklinghausen | | 1 267 | 2 078 | |
| Waltrop | | 251 | 412 | |

RWI

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Steinfurt</i> | | | | |
| Altenberge | 715 | 99 | 160 | 142 |
| Emsdetten | | 285 | 465 | 410 |
| Greven | | 288 | 470 | 414 |
| Hörstel | | 136 | 222 | 196 |
| Hopsten | | 52 | 85 | 75 |
| Horstmar | | 44 | 71 | 63 |
| Ibbenbüren | | 400 | 653 | 574 |
| Ladbergen | | 44 | 72 | 63 |
| Laer | | 45 | 73 | 65 |
| Lengerich | | 178 | 290 | 256 |
| Lienen | | 57 | 93 | 82 |
| Lotte | | 125 | 203 | 179 |
| Metelen | | 44 | 71 | 63 |
| Mettingen | | 80 | 130 | 115 |
| Neuenkirchen | 559 | 98 | 159 | 140 |
| Nordwalde | | 70 | 114 | 100 |
| Ochtrup | | 155 | 252 | 222 |
| Recke | | 76 | 125 | 110 |
| Rheine | | 678 | 1 107 | 974 |
| Saerbeck | | 59 | 97 | 85 |
| Steinfurt | | 286 | 468 | 411 |
| Tecklenburg | | 65 | 107 | 94 |
| Westerkappeln | | 84 | 137 | 120 |
| Wettringen | | 54 | 89 | 78 |

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|--------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Warendorf</i> | | | | |
| Ahlen | | 512 | 836 | 736 |
| Beckum | | 314 | 512 | 451 |
| Beelen | | 45 | 73 | 65 |
| Drensteinfurt | | 103 | 169 | 149 |
| Ennigerloh | | 150 | 243 | 215 |
| Everswinkel | 440 | 80 | 129 | 114 |
| Oelde | 884 | 250 | 407 | 360 |
| Ostbevern | | 75 | 123 | 108 |
| Sassenberg | | 103 | 168 | 148 |
| Sendenhorst | 170 | 101 | 164 | 145 |
| Telgte | | 140 | 228 | 202 |
| Wadersloh | | 85 | 138 | 122 |
| Warendorf | | 304 | 496 | 437 |
| <i>Kreis Gütersloh</i> | | | | |
| Borgholzhausen | | 64 | 104 | 92 |
| Gütersloh | | 909 | 1 478 | 1 306 |
| Halle | 5159 | 336 | 546 | 483 |
| Harsewinkel | 3321 | 304 | 494 | 436 |
| Herzebrock-Clarholz | 1540 | 162 | 263 | 232 |
| Langenberg | 203 | 62 | 101 | 89 |
| Rheda-Wiedenbrück | 1143 | 422 | 686 | 607 |
| Rietberg | 508 | 242 | 394 | 348 |
| Schloß Holte-Stukenbrock | 1169 | 230 | 374 | 330 |
| Steinhagen | 1762 | 221 | 359 | 317 |
| Verl | 7644 | 427 | 694 | 613 |
| Versmold | | 159 | 258 | 228 |
| Werther | | 84 | 137 | 121 |

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|----------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Herford</i> | | | | |
| Bünde | | 383 | 625 | 551 |
| Enger | | 153 | 249 | 219 |
| Herford | | 683 | 1 114 | 981 |
| Hiddenhausen | | 146 | 238 | 210 |
| Kirchlengern | 149 | 128 | 208 | 184 |
| Löhne | | 329 | 537 | |
| Rödinghausen | 1355 | 117 | 190 | 168 |
| Spenge | | 106 | 174 | 153 |
| Vlotho | | 144 | 234 | 206 |
| <i>Kreis Höxter</i> | | | | |
| Bad Driburg | | 145 | 237 | 208 |
| Beverungen | | 104 | 171 | 150 |
| Borgentreich | | 65 | 107 | 94 |
| Brakel | | 132 | 216 | 190 |
| Höxter | | 234 | 382 | 336 |
| Marienmünster | | 35 | 57 | 50 |
| Nieheim | | 46 | 75 | 66 |
| Steinheim | | 99 | 161 | 142 |
| Warburg | | 187 | 305 | 268 |
| Willebadessen | | 62 | 102 | 90 |

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|-----------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Lippe</i> | | | | |
| Augustdorf | | 72 | 118 | 104 |
| Bad Salzuflen | | 495 | 809 | 712 |
| Barntrop | | 76 | 124 | 109 |
| Blomberg | 32 | 140 | 228 | 202 |
| Detmold | | 743 | 1 212 | 1 068 |
| Dörentrup | | 62 | 101 | 89 |
| Extertal | | 101 | 165 | 145 |
| Horn-Bad Meinberg | | 150 | 245 | 215 |
| Kalletal | | 105 | 172 | 151 |
| Lage | | 289 | 473 | 415 |
| Lemgo | | 355 | 580 | 511 |
| Leopoldshöhe | | 123 | 200 | 177 |
| Lügde | | 82 | 134 | 118 |
| Oerlinghausen | | 128 | 209 | 184 |
| Schieder-Schwalenberg | | 67 | 109 | 96 |
| Schlangen | | 68 | 110 | 97 |

RWI

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|------------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Minden-Lübbecke</i> | | | | |
| Bad Oeynhausen | | 439 | 715 | 630 |
| Espelkamp | 1813 | 264 | 429 | 379 |
| Hille | | 118 | 192 | 169 |
| Hüllhorst | | 102 | 166 | 147 |
| Lübbecke | | 238 | 387 | 342 |
| Minden | | 841 | 1 377 | |
| Petershagen | | 182 | 297 | 261 |
| Porta Westfalica | | 288 | 468 | |
| Preußisch Oldendorf | | 89 | 145 | 128 |
| Rahden | | 118 | 193 | 170 |
| Stemwede | | 105 | 171 | 151 |
| <i>Kreis Paderborn</i> | | | | |
| Altenbeken | | 63 | 103 | 90 |
| Bad Lippspringe | | 135 | 221 | 194 |
| Borchen | | 91 | 149 | 131 |
| Büren | | 166 | 271 | 239 |
| Delbrück | | 221 | 359 | 317 |
| Hövelhof | | 135 | 220 | 194 |
| Lichtenau | | 77 | 126 | 111 |
| Paderborn | | 1 482 | 2 422 | 2 130 |
| Salzkotten | | 173 | 282 | 249 |
| Bad Wünnenberg | | 92 | 150 | 133 |

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|---------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Ennepe-Ruhr-Kreis</i> | | | | |
| Breckerfeld | | 61 | 99 | 88 |
| Ennepetal | 2721 | 364 | 591 | 523 |
| Gevelsberg | | 284 | 463 | 408 |
| Hattingen | | 500 | 817 | |
| Herdecke | | 194 | 315 | 278 |
| Schwelm | | 265 | 431 | |
| Sprockhövel | | 242 | 394 | |
| Wetter (Ruhr) | 610 | 240 | 391 | 345 |
| Witten | | 978 | 1 599 | |
| <i>Hochsauerlandkreis</i> | | | | |
| Arnsberg | | 697 | 1 138 | |
| Bestwig | | 82 | 133 | 118 |
| Brilon | | 228 | 370 | 327 |
| Eslohe | | 67 | 109 | 96 |
| Hallenberg | | 44 | 72 | 63 |
| Marsberg | | 155 | 253 | |
| Medebach | | 61 | 99 | 87 |
| Meschede | | 241 | 392 | 347 |
| Olsberg | 714 | 141 | 230 | 203 |
| Schmallenberg | | 193 | 315 | 277 |
| Sundern | | 219 | 357 | 315 |
| Winterberg | | 104 | 171 | 150 |

RWI

| noch Tabelle A1 | | | | |
|-------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
| <i>Märkischer Kreis</i> | | | | |
| Altena | | 155 | 253 | |
| Balve | | 90 | 146 | 129 |
| Halver | | 149 | 243 | |
| Hemer | | 326 | 533 | 469 |
| Herscheid | | 54 | 89 | 78 |
| Iserlohn | | 930 | 1 520 | 1 336 |
| Kierspe | | 140 | 229 | 201 |
| Lüdenscheid | | 734 | 1 195 | 1 054 |
| Meinerzhagen | 212 | 174 | 283 | 250 |
| Menden | | 466 | 760 | |
| Nachrodt-Wiblingwerde | | 50 | 81 | |
| Neuenrade | 307 | 99 | 162 | 143 |
| Plettenberg | 3009 | 310 | 504 | 445 |
| Schalksmühle | 2185 | 149 | 242 | 214 |
| Werdohl | | 167 | 272 | |
| <i>Kreis Olpe</i> | | | | |
| Attendorn | 3520 | 309 | 502 | 444 |
| Drolshagen | 430 | 96 | 157 | 138 |
| Finnentrop | | 135 | 220 | 194 |
| Kirchhundem | 121 | 94 | 152 | 134 |
| LenneStadt | | 215 | 349 | 308 |
| Olpe | | 216 | 351 | 310 |
| Wenden | 481 | 146 | 238 | 210 |

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|----------------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Siegen-Wittgenstein</i> | | | | |
| Bad Berleburg | | 156 | 255 | 225 |
| Burbach | 6179 | 299 | 487 | 430 |
| Erndtebrück | 1185 | 93 | 151 | 133 |
| Freudenberg | | 136 | 221 | 195 |
| Hilchenbach | 2305 | 189 | 308 | 272 |
| Kreuztal | 3730 | 380 | 618 | 546 |
| Bad Laasphe | | 104 | 169 | 149 |
| Netphen | | 201 | 326 | 288 |
| Neunkirchen | | 122 | 198 | 175 |
| Siegen | | 1 013 | 1 654 | 1 456 |
| Wilnsdorf | 657 | 160 | 260 | 230 |
| <i>Kreis Soest</i> | | | | |
| Anröchte | | 82 | 134 | 118 |
| Bad Sassendorf | | 83 | 135 | 119 |
| Ense | 2529 | 165 | 268 | 237 |
| Erwitte | 999 | 150 | 244 | 215 |
| Geseke | | 160 | 261 | 230 |
| Lippetal | | 84 | 137 | 120 |
| Lippstadt | | 617 | 1 007 | 887 |
| Möhnesee | | 79 | 129 | 113 |
| Rüthen | | 82 | 134 | 118 |
| Soest | | 456 | 745 | 655 |
| Warstein | | 202 | 330 | 291 |
| Welver | | 78 | 128 | |
| Werl | | 273 | 447 | |
| Wickede (Ruhr) | | 92 | 150 | 132 |

RWI

noch Tabelle A1

| Stadt/Gemeinde | Solidaritäts- umlage ¹ | Variante A ² | Variante B ³ | Variante C ⁴ |
|-------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| <i>Kreis Unna</i> | | | | |
| Bergkamen | | 483 | 793 | 694 |
| Bönen | | 161 | 264 | |
| Fröndenberg | | 171 | 280 | 246 |
| Holzwickede | | 159 | 258 | 228 |
| Kamen | | 410 | 671 | 589 |
| Lünen | | 898 | 1 469 | 1 290 |
| Schwerte | | 418 | 681 | |
| Selm | | 225 | 368 | |
| Unna | | 600 | 981 | 862 |
| Werne | | 241 | 392 | 346 |

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW. ⁻¹Solidaritätsumlage nach Angaben des Innenministeriums NRW (1. Modellrechnung). ⁻²Bemessungsgrundlage: normierte Steuerkraft zuzüglich Schlüsselzuweisungen; Umlagevolumen 186,1 Mill. € (Finanzkraftumlage statt Solidaritätsumlage). ⁻³Bemessungsgrundlage: normierte Steuerkraft zuzüglich Schlüsselzuweisungen erhöht um Vorwegabzug; Umlagevolumen: 296,6 Mill. €. ⁻⁴Variante A, Stärkungspaktgemeinden befreit von der Finanzkraftumlage.